

Veröffentlichungen der Leipziger Ökonomischen Societät e.V.

Jahrestagung der Volkswirte
der Berufsakademie Sachsen, Berufsakademie Thüringen
und der
Leipziger Ökonomischen Societät

am 24. April 2001
an der Staatlichen Studienakademie Leipzig



Herausgegeben von der Leipziger Ökonomischen Societät e. V. Leipzig

Postanschrift:
Universität Leipzig
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Marschnerstr. 31, Postfach 7
04109 Leipzig

© 2001

Typoskript: Christine Stojanow

Nachdruck, auch auszugsweise Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung der
Leipziger Ökonomischen Societät

Vorwort

Die zweite Tagung der Volkswirte der Berufsakademie Sachsen, der Berufsakademie Thüringen und der Leipziger Ökonomischen Societät war vorwiegend ordnungspolitischen Themen gewidmet. Gastgeber dieser Tagung war in diesem Jahr die Studienrichtung Immobilienwirtschaft der Staatlichen Studienakademie Leipzig, deren Leiterin, Frau Prof. Dr. Brauer nochmals gedankt wird. Von den gehaltenen Vorträgen werden vier in einer Kurzfassung in diesem Heft vorgelegt.

Inhalt

Die Globalisierungs-Debatte in Deutschland – der Konflikt zwischen „Djihad“ und „Mc World“ und seine Folgen

Hans G. Krone M.A.

Heft 13 - 1 .Seite 5.

Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft – ein Vergleich der Stabilitätspolitiken während der Systemtransformationen in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik.....

Hansjörg Heller, Dipl.-Volkswirt

Heft 13 -1 Seite 16

Frühwarnsysteme und Überlebensstrategien – eine volkswirtschaftlich-historische Analyse mit aktuellen Bezügen ..

Bernhard Kroll, Prof. Dr. oec. habil.

Heft 13 -2 Seite 3

Betrachtung ausgewählter volkswirtschaftlicher Entwicklungstendenzen aus der Sicht der möglichen Auswirkungen auf die betriebswirtschaftliche Führung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)/Kommunen in Sachsen.....

Hans-Jürgen Skiba, Dipl.-Betriebswirt (FH)

Heft 13 -2 Seite 18

Hans G. Krone M.A.

Die Globalisierungs-Debatte in Deutschland - der Konflikt zwischen „Djihad“ und „McWorld“ und seine Folgen

Wenn man sich mit dem Thema Globalisierung beschäftigt, so könnte der Einstieg, ohne Analogien überstrapazieren zu wollen, folgendermaßen ausfallen: „Ein Gespenst geht um - in Deutschland, Europa, ja, der ganzen Welt. Es ist das Gespenst der Globalisierung. Sein Antlitz erschreckt, verängstigt, erfreut und begeistert zugleich. Wer es erblickt, ist von tiefer Furcht oder grenzenloser Hoffnung erfüllt.“

Was auf den ersten Blick so prosaisch anmutet, reflektiert in kurzer und knapper Form das, was man in den derzeitigen Diskussionen, wie sie in Deutschland, den anderen EU-Ländern und dem Rest der Welt stattfinden, wiederfinden kann. Versucht man sich nun selbst mit diesem Thema zu beschäftigen, so fällt dies alles andere als leicht. Ein Blick auf den Bestand an Publikationen, wie er z.B. in der Deutschen Bibliothek in Leipzig vorhanden ist, signalisiert, dass es derzeit bereits über 500 Bücher gibt, die sich mit diesem Thema befassen. Aber nicht nur in rein mengenmäßiger Hinsicht ist es nur schwer möglich, sich mit diesem Problem umfassend zu beschäftigen, auch in inhaltlicher Hinsicht ist dies nicht unproblematisch. Der Prozess, der mit Begriffen wie *Transnationalisierung*, *Internationalisierung* oder eben auch *Globalisierung* betitelt wird, lässt sich nämlich nicht nur auf ein Politikfeld

oder einen trennscharf abgrenzbaren Handlungszusammenhang begrenzen, sondern erstreckt sich auf fast alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens und Interagierens.

Um diesem Problem gerecht zu werden, soll deshalb in einem ersten Schritt der Begriffsraum der Globalisierung umrissen werden. Kurz und knapp lässt sich „Globalisierung“ mit den Worten, „Die Welt wächst zusammen.“, charakterisieren. Es ist eine Entwicklung, die sich darin manifestiert, dass bisher dominierende nationalstaatliche Grenzen für die kulturellen, wirtschaftlichen und sonstige Interaktionen an Bedeutung verlieren, Hegemonialstaaten ihre Prägekraft auf die zwischenstaatlichen Beziehungen einbüßen, sich neue internationale Akteure wie etwa internationale Regimes oder Multis etablieren.

So aufrüttelnd dies auf den ersten Blick für den einer traditionellen, nationenzentrierten Perspektive verhafteten Betrachter auch anmuten mag, und so sehr der jüngste Boom an Publikationen, der die Globalisierung zu einem „Megathema“ werden ließ, auch das Neue fast schon marktschreierisch anpreist, ist Globalisierung, wenn man es ganz grundsätzlich betrachtet, eigentlich schon ein „alter Hut“. Das wirklich Neue an der Globalisierung, was auch seinen Reiz für eine Analyse ausmacht, tritt erst langsam, nachdem die mediale Nachfrage weitgehend gesättigt ist, an die Oberfläche.

Zeichnet man die Entwicklungslinien der Globalisierung der Wirtschaft nach, so lassen sich folgende Stationen identifizieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg weitete sich, beflügelt durch den

Schutz des Weltwährungsregimes von Bretton Woods, der Welt-handel stark aus. Die Nachfrager befriedigten ihre Bedürfnisse nicht nur mit im eigenen Land produzierten Gütern, sondern fragten verstärkt Importgüter nach; Anbieter beschränkten sich nicht nur darauf, die Bedürfnisse der heimischen Nachfrager zu befriedigen, sondern „eroberten“ auch ausländische Märkte. Jedoch nicht nur die Güter überwand die bis dahin prägenden Grenzen, auch Arbeit und Kapital wurden grenzüberschreitend mobil. Mit der Verbesserung der grenz- und kontinentübergreifenden Infrastruktur schmolzen nicht nur die Entfernungen; durch Innovationen der Kommunikationsmedien war es möglich, auch ohne Reisen zu unternehmen, recht schnell Fremdes kennen zu lernen und in eine marktwirksame Nachfrage umzusetzen.

Aber, diese Entwicklung war nicht friktionsfrei. So mussten die Nationalstaaten beim Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems und bei den Ölpreisschocks feststellen, dass eine Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung ihre elementaren „nationalen Interessen“ untergraben kann. Noch bedrohlicher für die Staaten waren die Folgen der in den 60er Jahren einsetzenden Transnationalisierung des Kapitals. Anders als nämlich in der realen Sphäre des Weltmarkt, wo der freie Handel und die Direktinvestitionen im Ausland den Globalisierungsprozess charakterisieren, war für die Globalisierung der Banken die Bildung von „freien Wirtschaftszonen“ außerhalb der jeweiligen nationalen Geld- und Kreditmärkte entscheidend. Ein steigendes Volumen Geldkapital aus verschiedenen Ländern wurde bei den Bankniederlassungen

in diesen „freien Bankzonen“ zu günstigen Bedingungen angelegt und an Kreditnehmer verschiedener Nationalitäten wieder ausgeliehen, ohne dass Zentralbanken Maßnahmen zur Überwachung, Beeinflussung oder Kontrolle dieser Kapitalbewegungen ergriffen. So entstand eine Art exterritorialer Markt für internationale Kredite privater Banken.

Die Folgen sind kurz geschildert: Starker Anstieg der Verschuldung nicht nur der Entwicklungsländer, sondern auch der Industrieländer, da diese aufgrund der gestiegenen Ölpreise ihre Leistungsbilanzdefizite finanzieren mussten. Beide, Entwicklungs- wie Industrieländer, griffen nach dem von den anlagesuchenden Banken großzügig ausgereichten Kapital, zu spät erkennend, dass es sich nicht um eine altruistisch gewährte Hilfe, sondern praktisch um ein Danaer-Geschenk handelte, das in die Verschuldungsfalle führte.

Die westlichen Industriestaaten reagierten auf diese Entwicklung nur halbherzig, zum Beispiel mit der Einführung von Treffen der (sechs) größten Industrienationen, deren Premiere am 15. November 1975 in Rambouillet stattfand. Es wurden zwar die Gefahren der Globalisierung thematisiert, den Ursachen widmeten sie sich jedoch nicht wirklich. An diesem Nichthandeln konnten auch frühzeitige Warnungen von Insidern nichts ändern. So wies bereits 1974 der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, *H.-J. Abs*, auf die Folgen des mit der Aufkündigung des Bretton Woods-Systems voranschreitenden Autoritätsverlust staatlicher

bzw. öffentlicher Stellen innerhalb der internationalen Währungs- und Kreditbeziehungen hin.

Erst jüngst, nachdem klar ist, dass das in den freien Bankzonen vagabundierende Kapital nicht mehr „nur“ direkt für die Entwicklungsländer eine klare und unmittelbare Gefahr für ihre Existenz darstellt, sondern, wie die diversen Krisen in Asien gezeigt haben, auch für die Industrieländer zu einer für die Öffentlichkeit wahrnehmbaren Krise heranwachsen kann, beginnt man über eine Einflussnahme auf die bisher staatenabstinent ablaufende Globalisierung nachzudenken.

Aber mit diesem Befund ist nur *ein* Teil der Problematik im Zusammenhang mit der Globalisierung benannt. Ändert man nämlich den Fokus, weitet man den Blickwinkel, werden Prozesse identifizierbar, die noch grundlegender sind als die bisher diskutierten.

Für *Ulrich Menzel* stellt das Jahr 1989 einen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der Staatengemeinschaft dar. Nach seiner Auffassung ist 1989 eine Epoche zu Ende gegangen, die am 14.07.1789 mit dem Sturm auf die Pariser Bastille begann und am 09.11.1989 mit dem Sturm auf die Berliner Mauer endete. Während die Bastille die vormoderne Ordnung repräsentierte, repräsentierte die „Mauer“ die Grenze der festgefügten Ordnung der Moderne nach Osten, als eine Scheidelinie zwischen Aufklärung und Despotie. Durch den Fall der „Mauer“ und die damit einhergehende Auflösung der alten Ordnung des Ostens wie ihres

kontrafaktischen Gegenstücks, nämlich der alten Ordnung im Westen, kam es zum Anbruch der Postmoderne.

Was nunmehr in der Postmoderne folgt ist ein Zustand, der nicht mehr so klar strukturiert, deutlich überschaubar und risikoarm zu sein scheint. Es ist eine Welt, in der zwei Entwicklungstrends, die unterschiedlichen Logiken gehorchen, miteinander konkurrieren, gleichzeitig auftretend um Anhängerschaft kämpfen. Die für diese Entwicklungstrends verwendeten Begriffe sind „Djihad“ für die Entwicklung eines neuen Stammesbewusstseins und „McWorld“ für die globale Integration. Es ist eine Welt, die sich durch einen Rückzug in eine fragmentierte Vergangenheit bei gleichzeitigem Zubewegen auf die Zukunft einer grenzenlosen Kultur auszeichnet. Die beobachtbare Orientierung an der Vergangenheit bietet dabei den düsteren Ausblick auf eine Rückentwicklung großer Teile der Menschheit durch Krieg und Blutvergießen, die drohende Balkanisierung der Nationalstaaten, in deren Verlauf sich Kultur gegen Kultur, Volk gegen Volk, Stamm gegen Stamm stellt. Ein solcher Heiliger Krieg gegen jede Art der Abhängigkeit, trifft nun aber auf die über die Gesellschaften hereinbrechenden zukunftsorientierten, ökonomischen, technologischen und ökologischen Kräfte, die nach Einheitlichkeit verlangen und die Völker überall durch schnelle Musik, schnelle Computer und schnelles Essen in ihren Bann schlagen. Unter McWorld werden die Nationen in die Form einer homogenen globalen Kultur gepresst, in eine Kultur, zusammengehalten durch Kommunikation, Information, Unterhaltung und Handel.

Nun könnte man auf die Idee kommen, dass ein Sieg des McWorld über Djihad etwas positives, wünschenswertes wäre. Aber hier ist Vorsicht angebracht. Gemeinsam ist beiden Entwicklungen, dass sie sich gegenüber der bürgerlichen Freiheit gleichermaßen gleichgültig verhalten. Es fehlt beiden jeder Gemeinwille und jeder Sinn für das, was in westlichen Staaten als bewusste und allgemeine, rechtlich überprüfbare Machtausübung durch das Volk bezeichnet wird. Was einst die alles regelnden Regierungen, die demokratischen Verfassungen mit dem Grundrechtskatalogen als traditionelle Bewahrer der Freiheit waren, dass sind bei McWorld die neuen Tempel der Freiheit McDonalds und Kentucky Fried Chicken. Nach Einschätzung von *Benjamin R. Barber* mögen sich die Konsumenten in der globalen Wirtschaft „zwar ‘souverän’ fühlen, aber die Abstimmung mit Dollars oder Yen ist nicht mit der Abstimmung über einen gemeinsamen politischen Willen zu vergleichen. Marktbeziehungen sind eben nicht einfach ein Ersatz für soziale Beziehungen“ (1996). Das Problem betrifft nicht das liberal-marktwirtschaftliche Prinzip an sich, sondern die Vorstellung, dass nur dieses auf jedes menschliche Bedürfnis zu antworten und Lösungen für alle menschlichen Probleme anzubieten vermag. Es ist eben, dass die Freiheit, zwischen 27 Sorten Aspirin wählen zu können, nicht das gleiche ist, wie die Freiheit, ein bezahlbares Gesundheitssystem zu wählen, zu dem jeder den vollen und gleichen Zugang hat.

Wie aber reagieren die von der Postmodernisierung Betroffenen auf diese Entwicklung? Nehmen sie diese überhaupt wahr, geben

sie sich ihr widerspruchslos hin oder entwickeln sie sogar Gegenstrategien? Es sind Fragen, die ein weiteres Kapitel im Buch der Globalisierung füllen.

Die Innovationen haben auch ihre Spuren in den Menschen hinterlassen, so etwa in der Form des von *Horst W. Opaschowski* herausgearbeiteten Übergangs von der „Generation X“ zur „Generation @“ (1999). Wenn von der Generation @ gesprochen wird, so ist damit eine Generation gemeint, in der die Flexibilität zum höchsten Lebensziel erhoben wird. In der Generation @ sind ihre Mitglieder von der Angst umtrieben, etwas zu verpassen. Es ist eine Erlebnisgeneration, die nicht alternativ agiert - z.B. PC-Nutzung statt Bücherlesen oder Video statt Radio -, sondern für die die Aktionsformel eher lautet: Video + Radio + Computer + Buch + etc. Oder kurz und salopp gesagt, es ist eine Generation von „Internet-Junkies“, die alles will und vor allem noch viel mehr. In dieser Generation werden neue elektronische Beziehungen in einem Labyrinth von Chat-Boxen und Emails aufgebaut, die frei von Verpflichtungen sind und trotzdem den darin verbundenen fast den Halt geben, wie das zuvor durch die Familien erfolgte. Wegen der Fülle und Vielfalt der Angebote, die nunmehr auf die Generation @-Mitglieder einströmen, die von ihnen abgerufen werden, können viele Eindrücke und Informationen nur noch konfettiartig nebeneinander aufgenommen werden. Die Impressionen bleiben bruchstückhaft oder oberflächlich. Zwischen Wortfetzen und Bildersplitter hin- und hergerissen hat diese Konfetti-Generation am Ende nur wenig Zusammenhänge gehört und ge-

sehen. In ihrem an fast zum Selbstzweck degenerierten Drang nach „Flexibilität“ werfen sie das über Bord, was ihnen „Sinn“ stiftet, ihrem „Tun“ eine Daseinsberechtigung verleiht.

Es stellt sich nun die Frage, was die Volkswirtschaftslehre dazu beitragen kann, einer Entwicklung zu begegnen, die, so soll hier unterstellt werden, nicht wünschenswert sein kann, da sie Freiheit und wirtschaftliche wie kulturelle Prosperität abschafft?

Hierzu gilt es zuerst einmal an einer zentralen Grundprämisse des derzeit vorherrschenden neoklassischen Paradigmas und dessen Auswirkungen anzusetzen, nämlich der, dass „die Konkurrenz“ das zentrale Kennzeichen der Beziehungen der Wirtschaftssubjekte sei. „Der Unterschied zu früheren Gesellschaften“, so *Phillippe Thureau-Dangin*, „besteht in der Intensität und Totalität mit der sich heute ein Denken durchgesetzt hat, das der Idee der Gesellschaft widerspricht, indem es das Miteinander umdefiniert. Das Konkurrieren, das einst eher den Kaufleuten überlassen oder noch früher eine Übung des Adels war, stellt sich nunmehr als gängige Form des sozialen Verkehrs und der gesellschaftlichen Zuordnung dar. Mehr noch: Die Konkurrenz gibt sich als Lebensethik aus“ (I-II) Eine Gesellschaft jedoch, die sich konsequent auf automatisierte voneinander isolierte und ihren Eigeninteressen folgende Individuen stützen will untergräbt dadurch, ihre eigenen Grundlagen, schafft sich selbst ab.

Man kann dies erweitern: Eine Volkswirtschaftslehre, die seit *Alfred Marshall* in den Lehrbüchern das ethische Moment individuellen Handelns bis zur Unkenntlichkeit verdampft, die das mensch-

liche Handeln durch Kurven und Kurvenverschiebungen, durch erste und zweite Ableitungen ausdrücken, die sich durch eine Mathematisierung als „wissenschaftlich“ selbst adeln will, eine solche Volkswirtschaftslehre muss sich fragen, ob sie sich lediglich zum Selbstzweck betreibt und sich dadurch in den Studenten perpetuiert oder ob sie sich als Wissenschaft versteht, die auf gesellschaftliche Fragen auch eine Antwort zu geben in der Lage ist. Um das noch einmal zu betonen: Es geht nicht um die Trivialität, dass man es in der Volkswirtschaftslehre mit Quantitäten zu tun hat und deswegen mathematische Methoden verwendet, sondern darum, dass sich ökonomisches Denken in formalen Modellen erschöpft und dabei stumpf wird gegenüber den ungeheuren sozialphilosophischen Fragen der Zeit, die auch der theoretischen Arbeit der Nationalökonomie erst Sinn, Würde und Tiefe geben. Aber was kann getan werden, wie kann ein Ausweg aussehen? In erster Linie sollte es darum gehen, dem eigenen Tun wieder „Sinn“ zu geben. Das kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn das Tun auf der Grundlage einer Werteordnung erfolgt, einer Werteordnung, die nicht nur auf einen falsch verstandenen individuellen Nutzen abhebt, sondern gleichzeitig den Nutzen für die Gemeinschaft gleichgewichtig mit ins Kalkül zieht. Geht man noch einen Schritt weiter und verortet die Volkswirtschaftslehre im Bildungsbereich, so werden noch weitere Qualitäten deutlich. Oder mit den Worten von Bundespräsident *Roman Herzog* in seiner bekannt gewordenen „Berliner-Rede“ im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt:

„Ich wünsche mir ein Bildungssystem, das wertorientiert ist. [..] Bildung darf sich nicht auf die Vermittlung von Wissen und funktionalen Fähigkeiten beschränken! Zur Persönlichkeitsbildung gehört neben Kritikfähigkeit, Sensibilität und Kreativität eben auch das Vermitteln von Werten und sozialen Kompetenzen. [...] Wenn wir uns als Bildungsziel darauf verständigen können, junge Menschen auf ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung vorzubereiten, reicht dafür kein ‘Laissez-faire’, sondern wir müssen schon auch deutlich machen, dass Freiheit anstrengend ist, weil eben jeder die Ergebnisse seiner Freiheit zunächst selbst verantworten muss“ (1997: 1002-1003).

Literaturverzeichnis:

Barber, Benjamin R., 1996: Dihad und McWorld. Der Mythos von der regulativen Kraft des Marktes, FAZ v. 24.07.1996: 9.

Herzog, Roman, 1997: „Aufbruch in der Bildungspolitik“, Rede des Bundespräsidenten auf dem Berliner Bildungsforum am 05.11.1997 im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt in Berlin, in: Bulletin des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 87 v. 05.11.1997, 1002-1003.

Opaschowski, Horst W., 1999: Generation @. Die Medienrevolution entlässt ihre Kinder - Leben im Informationszeitalter, Hamburg.

Menzel, Ulrich, 1998: Globalisierung versus Fragmentierung, Frankfurt/Main.

Thureau-Dangin, Philippe, 1998: Die Beine der Konkurrenz. Wenn Wettbewerb zur leitenden Idee wird. Eine Gesellschaft ohne Schatten und eine Gegenwart ohne Zukunft, in: FAZ v. 12.09.1998, I- II

Hansjörg Heller

Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft - ein Vergleich der Stabilitätspolitiken während der Systemtransformationen in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik

Die Ausgangssituation zu Beginn der Systemtransformation war geprägt von großen makroökonomischen Instabilitäten: Die Inflationsraten waren im Vergleich zu den zurückliegenden vier Jahrzehnten sozialistischer Wirtschaftsordnung 1988/89 sehr hoch. Weiterhin war die Situation gekennzeichnet von hohen Budgetdefiziten, hohem Geldüberhang sowie bedrohlichen Zahlungsbilanzkrisen.

In Polen lagen die jährlichen Inflationsraten im Zeitraum zwischen 1984 und 1988 zwischen 15 und 60 Prozent und mündeten in der zweiten Jahreshälfte 1989 in eine Hyperinflation, die bis Anfang 1990 andauerte. 1989 betrug die Inflation als Folge der expansiven Geldpolitik der Regierung durchschnittlich 650 Prozent, bei Grundnahrungsmitteln sogar über 1800 Prozent. Bis zur Freigabe der Preise im Oktober 1989 wurde der Großteil der Preise administrativ bestimmt. Daher war bis zu diesem Zeitpunkt der Index der Konsumgüterpreise kein adäquater Maßstab für die tatsächliche, d.h. auch die zurückgestaute Inflation. Letztere war aufgrund der weichen Budgetrestriktionen besonders hoch. Die Wirkung der Inflation wurde aufgrund weitgehender Zahlungsunfähigkeit und daraus resultierenden unfreiwilligen Krediten (deren Höhe dem gesamten offiziellen Bankkreditvolumen entsprach) im Unternehmenssektor noch verschlimmert. Der sich daraus ergebenden

de Verlust der Tauschmittelfunktion des Zloty führte zu einer in diesem Ausmaß einmaligen Situation im damaligen RGW: Ende 1989 bestand die inländische Geldmenge zu rund drei Vierteln aus ausländischer Währung. Dies konnte erst durch die Einführung der Inländerkonvertibilität, verbunden mit einer drastischen Abwertung des Zloty eingedämmt werden. So wurde die polnische Währung von 500 zł/USD (Januar 1989) über 835 zł/USD (Juni 1989) auf 6.500 zł/USD Ende 1989 abgewertet. Seit Mitte 1989 wurde den Bürgern weiterhin gestattet, konvertierbare Währungen auf relativ hoch verzinslichen Devisenkonten anzulegen. Dies war eine logische Konsequenz der bereits 1987 eingeführten Devisenauktionen.

Der Anstieg der Auslandsverschuldung betrug in Polen zwischen 1983 und 1990 72 Prozent und belief sich 1990 auf ca. 44 Milliarden US-Dollar. Damit überstieg der Schuldenstand den jährlichen Exportwert des Landes um das vier- bis fünffache. Polen musste 1989 ca. 42 Prozent seines Exportwertes allein auf Zinszahlungen verwenden. Wenngleich der Pro-Kopf-Schuldenstand Polens in konvertierbaren Währungen von Ungarn sogar noch übertroffen wurde, so kann das Land dennoch als das am höchsten verschuldete des RGW angesehen werden, denn Ungarn hatte eine wesentlich niedrigere Schulden-Exportwert-Relation aufzuweisen. Auf der anderen Seite hatte Polen gegenüber der Sowjetunion in den späten 80er Jahren hohe Leistungsbilanzüberschüsse in Transfer-Rubel aufzuweisen, was an der Tatsache lag, dass die Sowjets ihren Exportverpflichtungen gegenüber Polen nicht nach-

kamen. Dies verschärfte die ohnehin immensen wirtschaftlichen Probleme des Landes zusätzlich. Insgesamt kann Polens Schuldenkrise in weitaus stärkerem Maße als in den anderen hier zu untersuchenden Ländern als Hauptbestandteil der Wirtschaftskrise des Landes bezeichnet werden.

Am 1. Januar 1990 führte die Regierung das mit dem Namen des damaligen Finanzminister Balcerowicz verbundene Stabilisierungsprogramm ein. Wesentliche Kennzeichen waren eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik u.a. durch die Abschaffung der Kreditgewährung der Notenbank an den Staat sowie eine drastische Abwertung des Zloty auf 9.500 US-Dollar verbunden mit der Einführung der Inländerkonvertibilität.

Nach einer hohen Anpassungs-inflation im Januar und Februar 1990 kam es in den folgenden Monaten zu einem deutlichen Rückgang der Inflationsraten und einer planmäßigen Entwicklung der Geldmengenaggregate. 1990 konnte ein ausgeglichener Staatshaushalt erreicht werden, 1991 kam es wegen zahlreichen Unternehmenszusammenbrüchen zu einem hohen Defizit und in den Folgejahren wiederum zu einer deutlichen Entspannung. Seit 1995 genügen die fiskalischen Anforderungen den Konvergenzkriterien für den Beitritt zur EURO-Zone.

Nach der drastischen Währungsabwertung konnte der Wechselkurs des Zloty fast 17 Monate aufrecht erhalten werden. Nach mehreren darauffolgenden Abwertungen wurde im Oktober 1991 mit dem sog. "crawling peg" ein geplanter, monatlicher Abwertungssatz eingeführt. Es kam zu einer starken Zunahme der Wäh-

rungsreserven und der Wechselkurs hatte die Aufgabe eines Stabilitätsankers für die inländische Währung übernommen.

In Ungarn gab es 1989 nur wenige Erscheinungsformen der zurückgestauten Inflation (z.B. knappe Wohnungen und Telefonanschlüsse sowie Wartezeiten von fünf bis sechs Jahren für ein Auto). Dies lag daran, dass ein Großteil der Preise frei war und diese sich wie in keinem anderen Land des RGW am Weltmarkt orientieren konnten. Ungarn musste 1989 ca. 25 Prozent seines gesamten Exportwertes an Zinszahlungen aufbringen. Immerhin verfügte Ungarn im Gegensatz zu den anderen RGW-Staaten 1989 über einen einheitlichen Wechselkurs des Forints gegenüber konvertierbaren Währungen und außerdem wurde die Landeswährung in den späten 80er Jahren mehrfach abgewertet, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zumindest teilweise zu sichern. Auch die Differenz des offiziellen zum Schwarzmarktkurs betrug nur zwischen 10 und 15 Prozent.

Ungarn verfügte 1989 als einziger RGW-Staat über ein den westlichen Marktwirtschaften ähnliches Steuersystem. So wurde 1988 ein dreistufiges Mehrwertsteuersystem eingeführt, das die zahlreichen, für sozialistische Planwirtschaften charakteristischen Abgaben der Staatsbetriebe ersetzte. Das Land erwirtschaftete 1988 pro Kopf der Bevölkerung gut die Hälfte des Bruttosozialproduktes von Griechenland.

Ähnlich wie in Polen lag auch in Ungarn die Jahressumme der Rückzahlung der Schulden laufend über dem positiven Saldo der Handelsbilanz, so dass ein permanenter Anstieg der Schulden

nicht zu verhindern war. Diese Situation wurde durch ein drastisches Ansteigen des Leistungsbilanzdefizites von 1988 auf 1989 von 600 Millionen auf 1,4 Milliarden US-Dollar noch verschärft. Damit ging auch ein Wachstum des Haushaltsdefizites von 0,5 Prozent des (1988) auf 1,7 Prozent (1989) im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt einher. Obwohl Ungarn zu den am höchsten verschuldeten Ländern der Welt gehörte - es war pro Kopf der Bevölkerung noch vor Polen das am höchsten verschuldetste Land im RGW und der Schuldenstand betrug 30 Prozent des Bruttosozialproduktes -, kam das Land bis 1989 seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber westlichen Ländern immer nach. Im Zentrum der ungarischen Stabilisierungsbemühungen standen eine restriktive Hochzinspolitik zur Inflationsbekämpfung, die Bedienung der hohen Auslandsschuld sowie eine Steuerreform. Der Kurs der Geldpolitik blieb zunächst widersprüchlich und eine durchgreifende Restriktion war zunächst nicht erkennbar, wobei hohe Kreditvergaben zwischen den Betrieben die Wirkungen jener Politik zusätzlich verminderten. Die Inflation ist erst seit 1995 rückläufig.

1990 war der Staatshaushalt ausgeglichen, in den Folgejahren wurden hohe Haushaltsdefizite mit Werten über 7 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt erzielt und es zeichnete sich im gesamten letzten Jahrzehnt keine deutliche Entspannung ab. Die Hochzinspolitik der Notenbank und die Tatsache, dass die inländische Ersparnis kaum ausreichte, um die staatliche Kredit-

aufnahme zu decken, führte zu dem typischen "crowding out"-Effekt" und damit zur Verdrängung privater Kreditnachfrage.

Die eher unentschlossene Stabilitätspolitik nach 1989 zeigt sich auch in den zahlreichen diskretionären und in ihrer Höhe unzureichenden Abwertungen des Forint; reale Aufwertungen hatten eine chronisch negative Leistungsbilanz mit verursacht; aufgrund hoher Kapitalzuflüsse konnten dennoch die Währungsreserven erhöht werden. Da der Wechselkurs als Mittel zur Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit diente, konnte er die Funktion des Stabilitätsankers nur unzureichend erfüllen.

Im Gegensatz zu Polen und Ungarn war die Ausgangssituation in der CSFR von einer für ein sozialistisches Wirtschaftssystem bemerkenswerten makroökonomischen Stabilität geprägt, was sich in einer sehr niedrigen Inflationsrate, mäßigem Geldüberhang und einem ausgeglichenem Staatshaushalt zeigte.

Allerdings verfügten die Privatpersonen kaum über Devisenbestände, da es den Tschechoslowaken bis 1989 nicht gestattet wurde, im Ausland zu arbeiten und die relative makroökonomische Stabilität, die mit einer vergleichsweise hohen Kaufkraft der Inlandswährung einher ging, auch eine derartige „Dollarisierung“ der Volkswirtschaft nicht erforderte. Das daraus ableitbare Verbot von Devisenkonten der Privatpersonen versperrte somit auch dem Staat den Zugang zu dringend benötigten Devisen bei Transformationsbeginn; dies kompensierte den Vorteil der relativ niedrigen Auslandsschuld erheblich. Immerhin war die Auslandsverschuldung mit rund 8 Milliarden US-Dollar zum Zeitpunkt der

Einleitung der Systemtransformation sehr niedrig, was zwar auf Kosten der technologischen Entwicklung des Landes ging, jedoch den zu beschreitenden Weg in die Marktwirtschaft zweifelsohne deutlich erleichterte.

Die Tschechoslowakei verfügte im Jahr 1989 im Gegensatz zu Polen und Ungarn über eine bis dahin weitgehend unveränderte traditionelle sozialistische Planwirtschaft sowjetischen Typs. Seit 1987 wurden einige Reformen, die in die gleiche Richtung wie in Polen und Ungarn wiesen, implementiert, sie konnten jedoch aufgrund des späten Zeitpunktes ihrer Einführung und der bevorstehenden Systemtransformation kaum mehr Wirkungen zeitigen. So wurde den Betrieben eine höhere Autonomie zugestanden, Devisenauktionen sowie die Gründung privater Kleinbetriebe zugelassen. Erst Ende 1989 wurde die Abschaffung der seit rund vier Jahrzehnten weitgehend unveränderten Wirtschaftsordnung und die Einführung eines marktwirtschaftlichen Systems eingeleitet.

1991 und damit ein Jahr später als in den anderen hier untersuchten Staaten wurde nach der Einleitung von Strukturreformen ein Jahr zuvor ein makroökonomisches Stabilisierungsprogramm aufgelegt, das sowohl eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik als auch die Einführung der Inländerkonvertibilität zum Ziel hatte. 1991 kam es zu einer hohen Anpassungsinflation und zu einem mit - 45 Prozent extrem negativen Realzins. Seitdem sind die Inflationsraten stark rückläufig und die Realzinsen durchweg im positiven Bereich.

Nur 1991 trat ein nennenswertes, von den beiden damaligen Teilrepubliken verursachtes Haushaltsdefizit auf. Auch die akkumulierte Binnenverschuldung konnte seither stark verringert werden. Bereits 1990 wurden mehrere Abwertungen der Krone in Höhe von insgesamt 67 Prozent durchgeführt und 1991 wurde die Leistungsbilanzkonvertibilität für Unternehmen eingeführt. Die Teilung des Landes hat diese Stabilitätspolitik nicht in nennenswertem Umfang gefährdet, bereits 1995 wurde die tschechische Krone annähernd vollständig konvertibel. Die Währungsreserven sind hoch und seit 1997 steht die tschechische Krone in einem flexiblen Wechselkurssystem zu den frei konvertierbaren Währungen. Der Wechselkurs hatte auch hier die Funktion, als Stabilitätsanker zu wirken.

Was die Ungleichgewichte anbelangt, so dürfte Polen 1989 den absoluten Spitzenplatz belegt haben. 1989 betrug die Inflation durchschnittlich 650 Prozent, bei Grundnahrungsmitteln sogar über 1800 Prozent, wobei sich aufgrund der weitgehend administrativ bestimmten Preise, des daraus resultierenden Gütermangels und der weitgehenden „Dollarisierung“ der Volkswirtschaft eine Unterscheidung zwischen offener und zurückgestauter Inflation kaum durchführen lässt. Ungarn sah sich aufgrund der überwiegend freien Preise einer eher offenen Inflation von gut 10 Prozent gegenüber, während die Tschechoslowakei eine ähnlich hohe, jedoch aufgrund ihrer strikten planwirtschaftlichen Strukturen eher zurückgestaute Inflation aufzuweisen hatte. Während in der Tschechoslowakei Devisenkonten verboten waren und der ver-

gleichsweise geringe Geldüberhang der Krone den Devisenschwarzmarkt auf eher niedrigem Niveau hielt, bestand in Polen die gesamte Geldmenge zu nahezu 75 Prozent aus Devisen. Ungarn hatte aufgrund der hohen Kaufkraft des Forint eher geringe Schwarzmarktprobleme. Das Problem wurde zudem dadurch entschärft, dass der Wechselkurs nur zwischen 10 - 15 Prozent über dem Schwarzmarktkurs festgelegt wurde, was im damaligen RGW eine absolute Ausnahme darstellte.

Ein wichtiger Punkt unterschied die Tschechoslowakei von Polen und Ungarn: die Auslandsverschuldung war mit 7,8 Milliarden US-Dollar sowohl absolut als auch pro Kopf der Bevölkerung wesentlich niedriger. Ungarn unterschied sich von Polen wiederum dadurch, dass es in der Lage war, trotz höherer Pro-Kopf-Verschuldung in konvertierbarer Währung seinen Verbindlichkeiten nachzukommen, was wohl an seiner relativ starken Westintegration beim Außenhandel und den damit verbundenen erheblichen Deviseneinnahmen lag. Ursache dieser relativ hohen Westintegration war die schon frühe Beseitigung der traditionellen sozialistischen Planwirtschaft und die damit verbundene hohe Unternehmensautonomie, die die Betriebe zur Teilnahme am Westhandel nutzten.

Ein Vergleich der Stabilisierungsmaßnahmen seit 1990 bestätigt die These, dass schockartige Stabilisierungsmaßnahmen zwar zunächst höhere Produktionseinbrüche, aber auch eine raschere und spürbare Erholung bewirken. Polen hatte in den 90er Jahren die höchsten Wachstumsraten aller Transformationsländer auf-

zuweisen. Auch die drastische Abwertung des Zloty und die sofortige Einführung der Inländerkonvertibilität hat nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Wirtschaft gestärkt sondern auch inländische Monopolanbieter dem Wettbewerb ausländischer Importeure ausgesetzt und somit Effizienzdruck auf die inländische Wirtschaft ausgeübt. Diesem Effizienzdruck hat die polnische Wirtschaft, wie ihre hohen Wachstumsraten zeigen, zweifellos Stand gehalten. In Ungarn haben makroökonomische Ungleichgewichte aufgrund einer breiten Preisfreigabe während der 80er Jahre weniger im monetären als im fiskalischen Bereich bestanden, was sich an den permanent hohen staatlichen Haushaltsdefiziten zeigt. Da der Wechselkurs die Aufgabe hatte, die Exporte zu fördern und damit die Auslandsschuld bedienen zu helfen, kam es zur importierten Nachfrageinflation. Damit konnte er auch die Rolle eines Stabilitätsankers nicht erfüllen. Die Haushaltsdefizite erschwerten das Inflationsproblem zusätzlich. Bis 1994 andauernde negative Realzinsen haben die inländische Kapitalbildung nachhaltig behindert, wenngleich hohe Zuflüsse an Auslandskapital dieses Problem zumindest zum Teil kompensierten. Die Tschechische Republik hatte von Anfang eine stabilitätsorientierte Geld- und Fiskalpolitik betrieben, deren hohen Wachstumsprobleme zu Beginn der 90er Jahre sind aber keiner Überrestriktion bei der makroökonomischen Stabilisierungspolitik, sondern eher dem langsamen Strukturwandel der Volkswirtschaft, mit der man niedrige Arbeitslosenquoten erkaufte, aber eine effiziente Ressourcenallokation verhinderte, geschuldet.